

Quelle: Nürnberger Nachrichten, 19.02.2011

FWG will gleiche Lebensverhältnisse einklagen

Alle Fraktionen im Kreistag kritisieren katastrophalen Zustand der kommunalen Finanzen — Sparmaßnahmen - 18.02. 14:13 Uhr

BAYREUTH - Die Sorge um den allgemein katastrophalen Zustand der kommunalen Finanzen zog sich wie ein roter Faden durch die Diskussion über den Kreishaushalt 2011. Der FWG-Vorsitzende Hans Hümmer kündigte sogar an, wegen der sich immer ungleicher entwickelnden Lebensverhältnisse zwischen Stadt und Land eine Verfassungsklage zu fordern.



Obwohl die Erweiterung der Berufsschule Pegnitz erst im Frühsommer fertig wird, ist die Maßnahme schon abfinanziert. Heuer werden sogar 500000 Euro Zuschuss erwartet.
Foto: Lenk

Hümmer sah sich in seiner viel beachteten Rede, die auch von CSU-Mitgliedern ausdrücklich gelobt worden ist, in seiner Prognose bestätigt, dass die Kreisumlage eigentlich heuer schon auf mindestens 45 Punkte hätte erhöht werden müssen. Dies sei aber den klammen Kommunen nicht

zuzumuten. So werde jetzt ein Kreisetat verabschiedet, dem die Rechtsaufsicht normalerweise die Genehmigung versagen müsste.

Äußerst bedenklich sei es, dass im Nachtrag zu 2010 und heuer insgesamt über zehn Millionen Euro an Krediten aufgenommen werden müssen, dass der Kreis für seine Investitionen keinen einzigen Cent an Eigenmitteln einsetzen könne und zudem nicht einmal die Mittel für die planmäßigen Tilgungen erwirtschaftet. Ein Anstieg der Schulden um 33 Prozent binnen eines Jahres sei ein weiteres Alarmsignal.

Hümmer: „Dass ein Lebensraum mit 106000 Einwohnern, einem Landkreis und 33 Kommunen in der Zeit des größten Wirtschaftsaufschwungs nicht in der Lage ist, fünf Millionen Euro an Eigenmitteln zu erwirtschaften, müsste einen Aufschrei nach sich ziehen, der selbst im fernen München noch zu hören ist.“

Vor allem bei den Gewerbesteuererträgen und den Schlüsselzuweisungen würden Stadt und Land immer weiter auseinanderdriften. Während die Stadt Bayreuth heuer 5,2 Millionen Euro mehr vom Freistaat überwiesen bekomme, müssten die Kreisgemeinden mit 1,6 Millionen weniger zufrieden sein.

Unter diesen Voraussetzungen seien Landrat und Kreistag gehalten, Sparvorschläge zu unterbreiten. Auch die Beteiligung an teuren Investitionen der Zweckverbände müsste auf den Prüfstand gestellt werden. Weil die FWG mit ihrem Vorschlag, auf eine teure Katastrophenschutz-Zentrale und eine neue Amtszufahrt zu verzichten, im Kreisausschuss gescheitert war, versagten die FWG-Räte Hans Hümmer, Stefan Frühbeißer, Edmund Pirkelmann und Helmut Graf dem Zahlenwerk ihre Zustimmung.

Vorher hatte CSU-Sprecher Günter Dörfler vor allem die Kommunalfreundlichkeit des Kreishaushalts gewürdigt, allerdings auch darauf hingewiesen, dass 2012 eine Erhöhung der Kreisumlage unumgänglich sein werde. „Wir müssen dann auf jegliche Neuverschuldung verzichten und den Rotstift ansetzen.“ Für dringend nötig hielt er aktuell die Einrichtung der Katastrophenschutzräume und die Entschärfung der Amtszufahrt.

Auch Dörfler bezeichnete eine Reform der Gemeindefinanzen für unumgänglich. Er hofft, dass Kreisrat Hartmut Koschyk als Mitglied der von der Bundesregierung eingesetzten Kommission die Interessen des flachen Landes nachhaltig vertritt.

Auch Werner Kaniewski (SPD) sah in der Finanzmisere ein gesamtstaatliches Problem. Ein dringend nötiger Rettungsschirm für das Land sei aber nicht in Sicht, obwohl die Finanzierung von Aufgaben im Sozialbereich nicht Aufgabe der Kreise sein könne.

Hinsichtlich des Katastrophenschutzraums im Landratsamt bat er um Überprüfung von Alternativen, ebenso bei der Verlegung der gefährlichen Amtszufahrt. Nachdem die jetzige Lösung einst per Baugenehmigung abgesegnet worden sei, sei es jetzt Aufgabe der Stadt Bayreuth, für Abhilfe zu sorgen.

Bei den freiwilligen Leistungen müsse über alternative Betriebsformen bei den Tourismuseinrichtungen nachgedacht werden. Auch das mehrfach angesprochene Thermen-Konzept müsse endlich umgesetzt werden. Beschlossen wurde die von der SPD geforderte Anhebung der Grund- und Gewerbesteuersätze.

Gerhard Herrmannsdörfer von der Jungen Liste sah eine generationengerechte Finanzpolitik durch die deutliche Neuverschuldung gefährdet. Immer wichtiger werde eine interkommunale Zusammenarbeit. Die boomende Gesamtschule Hollfeld sei ein Musterbeispiel hierfür. Wichtig sei auch die Prävention in der Jugendarbeit. Nötig sei eine bessere Vernetzung mit der Stadt Bayreuth und bei den Aktivitäten rund um den Ochsenkopf. Richtig sei der geplante Ausbau der Therme Obernsees zum Familienbad.

Karl Lappe (WG) freute sich über höhere Ausgaben für die Kreisstraßen, forderte aber eine Durchforstung des Stellenplans. Insbesondere in der Bauverwaltung müssten Kapazitäten frei sein. Äußerst kritisch steht er einer weiteren Technisierung der Müllabfuhr mit Erfassungschips gegenüber.

Anneliese Kleißl-Keil (Grüne und Unabhängige) begrüßte die Investitionen in die Bildung und in Schulsozialarbeiter. Der Ausbau der Gesamtschule Hollfeld zu einer Regionalschule könne als Modell für die Zukunft gelten. Äußerst kritisch zu bewerten seien dagegen weitere Investitionen in die Therme Obernsees. Mehr Gäste seien dadurch nicht zu rekrutieren. Auch müsse man sich von weiteren Straßenneubauten verabschieden. Da die Aussetzung einer dringend nötigen Erhöhung der Kreisumlage nicht gerade von Weitsicht zeuge, stimme ihre Fraktion dem Etat nur unter großen Bedenken zu.

Als richtig bezeichnete Prof. Hermann Hiery (FDP) den Verzicht auf eine Umlagenerhöhung. Noch heuer aber müssten Überlegungen über Sparmaßnahmen eingeleitet werden. Auch Grundsätzliches müsse in Frage gestellt werden. „Auf Jahre Millionen für die Therme gehen nicht.“